



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de **Mail:** gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz fordert: Demokratie stärken – Sozialstaat erhalten!

15.02.2024, Hannover

Die Landesarmutskonferenz LAK betont angesichts der aktuellen Debatte um den Sozialstaat: Der Erhalt unseres Sozialstaates ist das beste Mittel zur Stärkung der Demokratie.

Der Erhalt und die Stärkung der Demokratie ist angesichts des wachsenden Faschismus in unserer Gesellschaft so notwendig wie nie in der Nachkriegszeit. Zunehmende Diskussionen um einen Abbau des Sozialstaates unter anderem zur Finanzierung von Aufrüstung sind kontraproduktiv. Sie fördern die Spaltung unserer Gesellschaft.

Klaus-Dieter Gleitze von der LAK Niedersachsen weist darauf hin:

„CDU-Chef Friedrich Merz beispielsweise will auf die geplante Kindergrundsicherung und die Erhöhung des Bürgergelds verzichten. Clemens Fuest, Chef des Münchener Ifo-Instituts, fordert eine Fortsetzung des Sozialabbaus der Agenda 2010: „Wir brauchen so etwas, was man Agenda 2030 nennen könnte“. Hinter diesen Forderungen steckt die Vorstellung, dass wir uns unseren angeblich aufgeblähten Sozialstaat nicht mehr leisten könnten.

Diese Vorstellung ist angesichts der Fakten reine Ideologie. Am stärksten betroffen von den Krisen der Vergangenheit waren Arme und Menschen mit wenig Geld. Zusätzlich befinden wir uns jetzt in einer Rezession, die Arbeitslosigkeit steigt, und hier vor allem der ohnehin viel zu hohe Sockel an Langzeitarbeitslosen.

Arme leiden besonders unter Inflation, vor allem bei Nahrungsmitteln und Energie, unter explodierenden Mieten, prekärer Beschäftigung und sinkenden Realeinkommen der letzten Jahre. Sie sind, anders als Privatflieger wie Friedrich Merz, lebensnotwendig auf einen starken Sozialstaat angewiesen. **Wenn dieser Sozialstaat als Grundpfeiler unseres sozialen Rechtsstaates abgebaut wird, greift das massiv die Legitimation unserer ohnehin geschwächten Demokratie an!**

Die wachsende soziale Unsicherheit auf Grund der Polykrisen erzeugt Angst vor dem sozialen Absturz bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Dadurch gehen die Bindungskräfte unserer Gesellschaft verloren und die Aggression wächst gegen alles, was anders ist als „normal“. Wut

sucht Sündenböcke. Bereits jetzt erzielt die AfD ihre besten Wahlergebnisse in sozialen Brennpunkten, wie die nachgeholte Wahl in Berlin gezeigt hat. In vielen Wahlbezirken im Osten Berlins liegt die Partei deutlich über 30 Prozent, der AfD-Bundestagskandidat Thomas Braun (!) holte in einem Plattenbau-Wahlbezirk von Marzahn-Hellersdorf 50 Prozent Erststimmen. Mehr Fakten, weniger Ideologie ist in der Debatte dringend nötig. Eine aktuelle Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigt:

Die öffentlichen Sozialausgaben sind in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten moderat gewachsen, in fast allen anderen OECD-Staaten sind sie teilweise erheblich stärker gewachsen. Die Sozialausgaben sind unauffällig im internationalen Vergleich. Die sogenannte Staatsquote, der Anteil öffentlicher, also auch sozialer, Ausgaben an der Wirtschaftsleistung, hat in den Jahren vor Corona niedriger gelegen als in der Zeit nach der Wiedervereinigung! Dass in einer der reichsten Gesellschaften der Welt – Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Erde – verstärkt die Diskussion um einen Abbau des Sozialstaats geführt wird und nicht darum, wie die Superreichen an einer gerechten Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden, ist ein Skandal.

Die LAK fordert daher: Demokratie stärken – Sozialstaat erhalten und ausbauen!

Unsere Forderungen dafür sind unter anderem:

- Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung
- Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose
- Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro
- Regelsatz-Erhöhung für Bürgergeld/Grundsicherung um 200 Euro im Monat
- Mobilitätsticket für 9 Euro, das sich auch Arme leisten können, z. B. für die Arbeitssuche
- Ausbau politischer Bildung in Schule und Gesellschaft
- Vermögenssteuer für Superreiche, um sie an der angemessenen Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze

Kontakt: 0160 99 50 41 61